

Gegen den Obrigkeitsstaat und für Demokratie. Matthias Erzberger in den politischen Verwerfungen seiner Zeit

Veranstalter: Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart; Geschichtsverein der Diözesen Rottenburg-Stuttgart

Datum, Ort: 20.03.2021–20.03.2021, digital (Stuttgart)

Bericht von: Tamara Rapp / Marie Raßmann, Mittlere und neuere Kirchengeschichte, Universität Tübingen

Vor hundert Jahren erschütterte ein politischer Terroranschlag die Weimarer Republik: Rechte Nationalisten hatten den württembergischen Zentrumspolitiker Matthias Erzberger im Schwarzwald brutal ermordet. Die Fragen, welche gesellschaftlichen Verwerfungen beim Übergang vom obrigkeitsstaatlichen Kaiserreich zur Weimarer Republik sein politisches Wirken beeinflussten und wie er als katholischer Wegbereiter der deutschen Demokratie zu einem der meistgehassten Politiker seiner Zeit wurde, was in diesem Mord gipfelte, waren Thema der digitalen Tagung. Sie bildete den Auftakt des Erzberger-Jahres, das vom Haus der Geschichte ausgerufen worden ist. Eine funktionierende Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern immer in Konflikte eingebunden. Es gilt, sie zu verteidigen. Der Name Erzberger, sein Wirken und seine Ermordung stehen dafür als Mahnmal. Die Tagung verfolgte insofern auch ein geschichtsdidaktisches Anliegen.

Eine Einführung ins Leben Matthias Erzbergers lieferte MARIA GRÜNDIG (Stuttgart). Geboren wurde er 1875 in Buttenhausen im Königreich Württemberg. Das Dorf bei Münsingen zeichnete sich besonders dadurch aus, dass es multikonfessionell war mit mehrheitlich protestantischer und jüdischer Bevölkerung. So ging der junge, katholisch geprägte Erzberger in die evangelische Volksschule und genoss insgesamt eine soziale und offene Erziehung. Er machte eine Ausbildung zum Lehrer, arbeitete als Publizist und setzte sich dabei zunehmend mit politischen Themen auseinander. In Zentrumspartei und katholischen Arbeitervereinen fand er eine politische Heimat, in der er einen ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit und die „kleinen Leute“ entwi-

ckelte. 1903 zog er als jüngster Abgeordneter in den Berliner Reichstag ein und betrieb daneben bis zum Ersten Weltkrieg eine eigene Presseagentur. Während des Krieges war er für eine diplomatisch-nachrichtendienstliche Sondermission des Auswärtigen Amts verantwortlich, durch die er einen wichtigen Zugang zu sensiblen Informationen aus der aktuellen Außen- und Kriegspolitik des Reiches bekam. Mehrfach initiierte er diplomatische Versuche, setzte sich ab 1916 im Parlament für ein Kriegsende ein und wurde so für den Kaiser, die Militärführung und Radikale zum roten Tuch. In der Weimarer Republik wurde Erzberger, neben seiner Tätigkeit als Leiter der Waffenstillstandskommission, Finanzminister; 1919/20 führte er eine umfassende Finanzreform durch. Die sich schnell verbreitende Dolchstoßlegende machte ihn zum Schuldigen für die Kriegsniederlage. Insbesondere sein Engagement für die Beendigung des Krieges und die Unterschrift unter den Friedensschluss von Compiègne machten Erzberger im Verlauf seiner Politikerkarriere zum erklärten Feind vieler im rechten politischen Spektrum angesiedelten Gruppen. Auch nach seiner Ermordung durch radikale Nationalisten im August 1921 hörte die politische Hetze nicht auf und wurde nicht zuletzt vom aufstrebenden Hitler in München zur Propaganda genutzt.

Mit dem Kampf der Rechtskatholiken gegen das „Erzbergertum“ setzte sich GABRIELE CLEMENS (Hamburg) auseinander und spannte dabei den Bogen vom Kaiserreich bis in den Nationalsozialismus. Anhand eindrücklicher Quellenbeispiele zeigte sie auf, wie Erzberger von sogenannten Parteifreunden und Glaubensgenossen der Zentrums- partei als „heimtückischer“ und „unfähiger“ „Verderber“¹ von Nation, Partei und Kirche inszeniert wurde. Clemens bediente sich zur Beschreibung dieser zahlenmäßig kleinen, aber publizistisch wirkmächtigen Gruppe des in der Literatur üblichen Begriffs „Rechtskatholiken“, der eine (heterogene) Strömung innerhalb des politischen Katholizismus seit dem Kaiserreich mit preußisch-

¹ Heinz Brauweiler, zitiert nach Carina Simon, Heinz Brauweiler. Eine politische Biographie im Zeichen des antidemokratischen Denkens, Dissertation, Kassel 2016, S. 73.

nationaler Einstellung und, später in der Weimarer Republik, engen Verbindungen mit der nationalistischen Rechten beschreibt: Sogenannte Reformkatholiken wie Martin Spahn und Heinz Brauweiler plädierten, anders als katholische Integralisten, für kulturelle Anschlussbemühungen des Katholizismus an das Leben der Nation, erblickten die am besten zum Katholizismus passende Staatsform jedoch im Kaiserreich bismarckscher Prägung. Der Krieg galt Spahn und Brauweiler als Chance auf staatliche Erneuerung hin zu einer ständisch-monarchischen Gesellschaftsordnung, die als katholisch-konservativ aufgefasst wurde. Entsprechend stießen Erzbergers Bemühungen um Frieden und eine Parlamentarisierung des Kaiserreichs sowie seine Kooperationen mit Liberalen bei den entsprechenden Teilen der Zentrumspartei auf Widerstand. Es folgten intensivierete Hetzkampagnen gegen Erzberger und ein gescheiterter Versuch, einen antiliberalen Kurswechsel des Zentrums herbeizuführen. Spätestens nach der Annahme des Versailler Vertrags und der Weimarer Reichsverfassung war Erzberger zur Symbolfigur der neuen, abgelehnten Republik geworden – und, laut Spahn, noch schlimmer als die linken Politiker selbst. Durch Parteiübertritte in die DNVP, publizistische Aktivitäten und Verbindungen zum jungkonservativen Lager in den 1920er-Jahren war der Weg in die NSDAP für einige Rechtskatholiken nicht mehr weit. Diese Rechtskatholiken hätten, so Clemens' AbschlussThese, bei all ihrer Heterogenität dazu beigetragen, dass Erzberger ermordet wurde und die Weimarer Republik scheiterte.

Auf ein weniger bekanntes, aber nicht weniger relevantes Thema ging CHRISTIAN WESTERHOFF (Stuttgart) ein: Matthias Erzbergers Kampf gegen die Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Westerhoffs These: Zwangsarbeit war ein zentrales Merkmal des „Zeitalters der Weltkriege“ 1914-1945, auch wenn sie üblicherweise vor allem mit dem Zweiten Weltkrieg verbunden wird. Die Situation war in beiden Kriegen ähnlich: In der deutschen Kriegswirtschaft herrschte ein Arbeitskräftemangel, der durch Rekrutierungen in den besetzten Gebieten ausgeglichen werden sollte. Zwei Phasen ließen sich unterscheiden: Während zu Kriegsbeginn vor allem anwe-

sende Saisonarbeiter zum Bleiben gezwungen bzw. neue Kräfte durch Anwerbebüros generiert wurden, wurden ab Herbst 1916 Arbeiter aus Belgien und Polen zwangsweise nach Deutschland deportiert und in Lager gebracht. Diese Praxis stieß auf herbe Kritik und wurde 1917 eingestellt. Matthias Erzberger habe sich schon 1905 im Kontext der Kolonialpolitik gegen den dortigen ungeordneten Arbeitszwang gestellt, den er für den Hauptgrund für den damaligen Aufstand gegen die deutsche Kolonialherrschaft hielt. Erzberger war, so hielt Westerhoff fest, kein grundsätzlicher Gegner kolonialer Zwangsmaßnahmen, doch sollten diese nach geltendem Recht verlaufen – eine Haltung, die bei ihm auch während des Ersten Weltkriegs zu konstatieren gewesen sei. Erzberger hatte ein Netzwerk, das ihm sensible Einsichten ermöglichte, und war einer der prominentesten Zwangsarbeitskritiker. Jedoch blieb sein Einfluss informell, da weder Erzberger noch der Reichstag in die Entscheidungen bezüglich der Deportationen eingebunden waren. Westerhoff resümierte, dass sich Erzbergers Kritik an den Deportationen wie auch an der Zwangsarbeitspolitik in den besetzten Gebieten als Brücke zu den politischen Bündnissen und Ereignissen des Sommers 1917 – der Friedensresolution des Reichstags und der Parlamentarisierung der Außenpolitik – verstehen lasse.

ANNA KARLA (Köln) beschäftigte sich mit Erzbergers Rolle in der Ära des Wiederaufbaus nach dem Ersten Weltkrieg – ein wenig bekanntes Kapitel der deutschen Geschichte, das auch historiographisch lange unbeachtet geblieben ist. Karla beleuchtete, wie sich die Weimarer Republik zum Wiederaufbau und den Reparationsleistungen positionierte und welchen Bedarf die Nachbarländer gegenüber Deutschland zum Ausdruck brachten. Die Perspektive, die Karla in ihrer Präsentation einnahm, war dabei eine dezidiert europäische. Die Idee einer deutschen Beteiligung am Wiederaufbau in den zerstörten Gebieten im Ausland, vor allem an der Westfront, ging wesentlich auf Erzberger als Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission zurück. Umgesetzt werden sollte das *qua naturalia*, durch die Entsendung von Arbeitskräften einerseits und von Baumaterialien andererseits, was letztlich allerdings nie reali-

siert wurde. Die Wiederaufbauaktivitäten besaßen innen- wie außenpolitisch Destabilisierungspotenzial und wurden von Misstrauen gegenüber „Aufbaugewinnlern“, oft mit antisemitischer Einfärbung, begleitet. Anhand der Rolle Erzbergers als Leiter der Waffenstillstandskommission, in die auch immer „besondere Sachverständige“ aus der Wirtschaft eingebunden waren, zeigte Karla seine ambivalente Position zwischen Staatspolitik und Wirtschaftsnähe. Korruption ist historiographisch zwar schwer nachweisbar, aber es gelang Karla, Indizien dafür zu sammeln, dass Akteure wie Erzberger in Bezug auf die Bauwirtschaft im Kontext des Wiederaufbaus darin verstrickt waren. Im Blick auf den Wiederaufbau rücken Akteure wie Erzberger oder auch Walter Rathenau in den Fokus, deren Nähe zur Wirtschaft, trotz Kaschierung der genauen Verhältnisse, ihnen zum Verhängnis wurde.

Einen Blick auf eine andere Funktion Matthias Erzbergers warf STEFANIE MIDDENDORF (Berlin) in ihrem Vortrag über die Anfänge des Reichsfinanzministeriums 1919/20. Erzberger reformierte in seiner Zeit als Finanzminister sein Ministerium sowie die Finanzverwaltung und standardisierte die Ausbildung. Durch Ordnung bis ins letzte Glied meinte man, die Leistungsfähigkeit optimieren zu können. Als Habitus aus dem Kaiserreich übernommen, versuchten republikanische Kräfte häufig, Aushandlungsprozesse durch Entschlossenheit anzugehen. Dabei präsentierte Erzberger die Friedensresolution als wichtige Basis für die staatliche Erneuerung Deutschlands, die die ursprünglich von den Alliierten angedachte Bedeutung weit übersteige. Allerdings war die Souveränität des Ministeriums in hohem Maße von der internationalen Gemengelage und Finanzwirtschaft abhängig, sodass entschlossenes Handeln nicht immer möglich war. Finanzpolitik war daher häufig auch Außenpolitik, mit Kontrollansprüchen über den eigenen Staat, Skalen der Kreditwürdigkeit und internationalen Ratings verbunden. Middendorf wies darauf hin, dass die Finanzverwaltung und deren Reform in diesen Jahren der Weimarer Republik rhetorisch nicht selten als Kampf „um Deutschlands Selbstbehauptung als staatliche und wirtschaftliche Einheit“² in-

szeniert wurden. Die Rufe nach einem Diktator waren im Finanzwesen daher früh hörbar. Manches in diesem Themenfeld, so Middendorf, sei geeignet, unsere eigenen Erwartungen an staatliche Planung zu historisieren. Dabei dürfe man sich allerdings nicht von einer idealistischen Vorstellung von Einheitlichkeit und Zentralität trügen lassen. Allein aufgrund der heterogenen Zusammensetzung des frühen Finanzministeriums sowie der großen räumlichen Distanzen zum Arbeits- und Wirtschaftsressort sowie zum Innenministerium wurden intensive informelle Beziehungen erschwert und Ressortpartikularismus gefördert. Zusammenfassend wies Middendorf auf die Komplexität demokratischen Regierens in einer politischen wie ökonomischen Ausnahmezeit hin.

CHRISTOPHER DOWE (Stuttgart) sprach über Erzberger und die Deutung seiner Person vor dem Hintergrund der Niederlage im Ersten Weltkrieg. Erzberger selbst nutzte, so Dowe, immer wieder die rhetorische Kontrastierung von obrigkeitsstaatlichem Kaiserreich und demokratischer Weimarer Republik als Grundlage seiner Argumentation. Die Frage, welche Rolle Erzberger in diesem Schema einnimmt, wurde dabei von den Zeitgenoss:innen kontrovers diskutiert. Während der USPD-Politiker Kurt Eisner versuchte, Erzberger als untragbaren Vertreter des alten Regimes zu diffamieren, kritisierte ihn die Rechte dafür, dass er für die neue demokratische Ordnung stehe, mit der er sich selbst in der Tat identifizierte. Immer wieder reduzierten Rechte Erzberger auf seine Unterschrift unter den Waffenstillstandsvertrag von Compiègne. Dowe verwies darauf, dass die Dolchstoßlegende unterschiedliche Ausprägungen kannte, wobei die Rolle Erzbergers darin variiere. Mit dem dramatischen Ringen um das Unterzeichnen des Versailler Vertrags brach eine neue Diskussion in Deutschland aus, bei der Erzberger im Mittelpunkt der Angriffe stand. Rechte Kritiker Erzbergers verbündeten sich, stimmten ihre Geschichtsnarrative ab und griffen ihn auf verschiedenen Ebenen an. Durch die Breite ihrer Angriffe und die beständige Wiederholung dieser (inhaltlich widerlegten) Narrative gelang es schließ-

²Ministerialrat Wilhelm Markull, 1931. Q: BFA.

lich, Skepsis gegenüber dem Zentrumspolitiker populär zu machen.

Eine weitere Perspektive eröffnete JÖRN LEONHARD (Freiburg), der zeigte, wie diverse Krisenerfahrungen Erzbergers im Zeitraum von 1917 bis 1920 sein Politikverständnis prägten und sein Selbstverständnis als Politiker formten. Erzberger, der sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg für Reformen im Wilhelminischen Reich eingesetzt hatte, habe beim Anblick des zerstörten Kontinents um 1917 erkannt, dass die osteuropäischen Staaten frei sein müssten, sah er doch im Selbstbestimmungsrecht der Staaten das Schlüsselmoment für Frieden. Als Gründungsmitglied der Deutschen Liga für Völkerbund und damit als Vertreter der Idee eines friedlichen Miteinanders der Nationen bahnte sich bereits an, was Erzberger später zum Verhängnis werden sollte: Der Einsatz für den Frieden machte ihn in den Augen seiner Gegner zum Idealtypus des Verräters in einer jungen Republik, in der der Einfluss der Obersten Heeresleitung noch immer groß war und deren Mitschuld an der Niederlage nie wirklich anerkannt wurde. Erzberger wurde so zur Negativfolie gegen die Generäle Hindenburg und Ludendorff, die nach wie vor hohe Strahlkraft hatten, und wurde erst recht Opfer von Verleumdungen, obwohl er stets eine prominente Stimme des Ausgleichs im Parlament war. Es waren diese Erfahrungen, so stellte Leonhard heraus, die Erzberger in einer sachorientierten, engagierten Rede feststellen ließen, dass Politik nicht zuletzt eine Kampfsituation ist.

In ihrem Fazit wies Anna Karla darauf hin, dass die Tagung aufzeigen konnte, wie viel Potential noch in der Erzberger-Forschung liegt, nicht zuletzt wegen der Vielschichtigkeit seiner Biografie. Erzberger sei zweifellos als katholischer Befürworter der deutschen Demokratie zu werten, der nicht auf das Unterschreiben des Friedensvertrags von Compiègne oder seine Tätigkeit im Finanzministerium zu reduzieren sei. Am Fall Erzberger könne auch für die Gegenwart und Zukunft demonstriert werden, wie fortgesetzte Hassrede zur konkreten Gefährdung für Pluralität und Demokratie werden kann.

Konferenzübersicht:

Maria Gründig und Christopher Dowe (beide

Stuttgart): Begrüßung und Einführung

Gabriele Clemens (Hamburg): Ein Verrat an christlich-konservativen Werten? Der Kampf der Rechtskatholiken gegen das „Erzbergertum“

Christian Westerhoff (Stuttgart): Matthias Erzbergers Kampf gegen Zwangsarbeit während des Ersten Weltkriegs

Anna Karla (Köln): Material und Moral. Matthias Erzberger in der Ära des Wiederaufbaus

Stefanie Middendorf (Berlin): Arche Noah am Wilhelmsplatz? Matthias Erzberger und die Anfänge des Reichsfinanzministeriums 1919/20

Christopher Dowe (Stuttgart): Kämpfe um die Vergangenheit. Erzberger und die Deutung der Niederlage im Ersten Weltkrieg

Jörn Leonhard (Freiburg): Demokratie, Parlament und Republik: Matthias Erzberger und die Krisenerfahrungen der deutschen Geschichte

Tagungsbericht *Gegen den Obrigkeitsstaat und für Demokratie. Matthias Erzberger in den politischen Verwerfungen seiner Zeit.* 20.03.2021–20.03.2021, digital (Stuttgart), in: H-Soz-Kult 05.06.2021.